

Der harte Kampf ums Muttersein

Nur dank engagierter Helfer schafft es eine an Multipler Sklerose erkrankte Alleinerziehende, ihre Tochter zu behalten

In dem grünen Haidhauser Innenhof spielt die sechsjährige Hannah gern mit Freunden aus der Nachbarschaft. Sie ist ein lebhaftes, kontaktfreudiges Kind. Und kreativ – am Küchentisch entstanden mit Malkasten und Buntstiften viele Kunstwerke, die die Wände zieren. Mit dem Stolz einer Mutter beobachtet Anna-Lena Demmler, wie ihre Tochter heranwächst, immer neue Fähigkeiten entwickelt. Wäre sie dem Rat der Behörden gefolgt, würde sie selbst längst in einem Pflegeheim leben und Hannah bei Adoptiveltern. Die 40-jährige Alleinerziehende hat Multiple Sklerose, sitzt im Rollstuhl und ist auf Hilfe angewiesen. Bald nach der Geburt hatte man ihr nahegelegt, das Kind wegzugeben. „Das war schrecklich“, sagt die Mutter. „Ich wollte das auf keinen Fall.“

Dass sie ihr Kind behalten konnte, verdankt sie vor allem Schwester Mirjam Ullmann von der Vereinigung Integrationsförderung (Vif) und Abdulkadir Örs, Geschäftsführer des „Münchner Pflege Team“. Seit Jahren kämpfen sie für die Rechte der Mutter. Die hat sie zweifelsohne: ein Recht auf Teilhabe an der Gesellschaft, auf Eingliederungshilfe und in diesem Zusammenhang auch ein Recht auf Hilfe als Mutter. Elternassistenz nennt sich das im Fachjargon, geregelt durch die Bundessozialgesetzgebung. Demnach muss der Bezirk Oberbayern für die Unterstützung der Mutter bezahlen – die wiederum Abdulkadir Örs mit seinem Pflegeteam organisiert. Soweit die Theorie. „Seit Jahren müssen wir für die Unterstützung kämpfen“, sagt Schwester Mirjam Ullmann, die die Mutter regelmäßig berät. „Mehr als einmal habe ich zu hören bekommen: ‚Warum müssen Frauen mit so einer Behinderung Kinder in die Welt setzen?‘“. Zumal



Der Kampf gegen alle bürokratischen Hürden hat sie zusammengeschweißt: Anna-Lena Demmler (li.) mit Schwester Mirjam Ullmann von der Vereinigung Integrationsförderung und Abdulkadir Örs vom „Münchner Pflege Team“. FOTO: RK

wenn sich der Kindsvater nur sporadisch blicken lässt.

Anfangs wurde die Verantwortung zwischen Jugendamt und Bezirk hin- und hergeschoben. „Wir mussten beweisen, dass Frau Demmler Bedarf an Elternassistenz hat und nicht das Kind selbst Hilfe braucht“, sagt Ullmann. Denn für das Wohl des Kindes ist das Jugendamt zuständig. Die Elternassistenz ist Teil der Eingliederungshilfe – die der Bezirk als Träger der überörtlichen Sozialhilfe leisten muss.

Schließlich bewilligte der Bezirk die Elternassistenz. Örs und sein Pflegeteam waren da schon lange in Vorleistung gegangen. „Man kann doch eine Mutter nicht von ihrem Kind trennen, nur weil sie eine Behinderung hat“, sagt Örs, der selbst Familienvater ist. Doch mit der Bewilligung – die immer nur für ein Jahr gilt und dann neu geprüft wird – war es nicht getan. Denn dass die Mutter rund um die Uhr Unterstützung braucht, sah man beim Bezirk erst nicht

ein. In der Nacht etwa sollte die Mutter zeitweise alleine klar kommen. „Dabei weiß jeder, dass ein kleines Kind nachts mal aufwacht und dann jemand da sein muss“, sagt Örs. Wie sollte die Mutter, die selbst Hilfe braucht, um ins und aus dem Bett zu kommen, das schaffen. „Nächte lang wachte ich im Rollstuhl neben dem Gitterbett, um da zu sein, wenn meine Tochter mich braucht“, erzählt die Mutter. Nach langem Hin und Her und vielen Schreiben, un-

ter anderem vom Jugendamt, bewilligte der Bezirk die Assistenz auch während der Nacht.

Um die Bezahlung seiner Dienstleistung musste Örs dennoch weiter kämpfen. Seit September 2013 hat er nach eigener Aussage „nur einen Bruchteil der Kosten“ erstattet bekommen. Die Begründung: die Leistungsnachweise seien unzureichend. „Was ein Jahr zuvor noch in Ordnung war, reichte plötzlich nicht mehr“, so Örs. „Jeden Tag schrieben wir auf, was wir mit dem Kind

gemacht haben.“ Basteln, Ballett, Treffen mit Freunden – plötzlich wollte es der Bezirk noch genauer wissen. „Wir können doch nicht stündlich bis ins Detail Bericht erstatten“, sagt Örs. Das sei zeitlich nicht zu leisten und verstoße gegen die Persönlichkeitsrechte der Familie.

„Die Leistungsnachweise sind gesetzlich vorgeschrieben und wichtig, um eventuell auch nachsteuern zu können“, erklärt Constanze Maurermayer, Sprecherin des Bezirks Oberbayern. Die Bedürfnisse des Kindes würden sich mit den Jahren verändern, es sei wichtig zu überprüfen, ob bei der Elternassistenz darauf eingegangen werde. Angaben zum konkreten Fall kann sie aus Datenschutzgründen nicht machen. Doch generell gelte: „Wenn alle Unterlagen vollständig sind, die Dokumentation lückenlos, geht es mit der Zahlung sehr schnell.“ Insgesamt gewähre der Bezirk in Oberbayern 39 500 Menschen mit Behinderung Eingliederungshilfe. Probleme gebe es dabei selten.

Für Örs hingegen ist es nicht das erste Mal, dass er auf sein Geld wartet. Er hat schon viele Kämpfe ausgefochten. Derzeit ringt er vor dem Sozialgericht um etwas Grundsätzliches: Die Vergütung der Eingliederungsleistungen. 11,90 Euro bekommt er pro Stunde dafür vom Bezirk – Arbeitgebersozialabgaben inklusive. „Das ist ein Betrag, mit dem man als Pflegedienst nicht arbeiten kann“, sagt Örs. In einem Schiedsverfahren hat er bereits Recht bekommen – was der Bezirk nicht hinnehmen wollte. Nun ist der Fall erneut vor dem Sozialgericht.

Was Schwester Mirjam Ullmann von der Vif ärgert: „Gesellschaftliche Teilhabe ist ein großes Thema. Alle sind dafür. Doch sobald es um Geld geht, ist alles anders.“ DORIS RICHTER

HILFE FÜR DAS NEUE HAUNER

Warum der Bauernhof vor Allergien schützt

Den meisten Eltern ist der Name ein Begriff: „Das Hauner“, offiziell Dr. von Haunersches Kinderspital, ist eine Münchner Institution. Eine, die in Jahre gekommen ist, bald wird ein Neubau in Großhadern entstehen. Damit sich die Kleinen dort wohlfühlen, fehlt noch Geld. Darauf soll die Hauner-Woche vom 25. bis 31. Oktober aufmerksam machen (www.das-neuehauner.com). Aus diesem Anlass geben wir täglich einen Einblick in die Arbeit der Ärzte. Heute in die der Allergiewertin Erika von Mutius.

Wie kaum eine Zweite hat sich Prof. Erika von Mutius dem Kampf gegen Asthma und Allergien verschrieben. Zumal die Zahl der Patienten steigt: Ob Heuschnupfen, Neurodermitis oder Asthma – etwa 17 Prozent der Kinder leiden hierzulande an einer Allergie. „Ich möchte wissen, wie man sie davor schützen kann“, sagt sie. „Dabei ist mir aufgefallen, dass es Kinder gibt, die ein viel geringeres Risiko haben: Kinder, die auf dem Bauernhof aufwachsen.“

Das kleine Rätsel:

Seit wann gibt es bei uns die – nicht sehr beliebte – Zeitumstellung?

- I. 1960
- II. 1970
- III. 1980

Im Verdacht hat die Professorin den modernen Sauberkeitswahn. So gab es Heuschnupfen vor 200 Jahren so gut wie nicht. Wachsen Kinder in einem nicht gar so hygienischen Umfeld auf, können sie offenbar ihr Immunsystem besser trainieren. „Dann